



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

PRESSESPIEGEL

Pressegespräch

Jeder Vierte fühlt sich von Krise betroffen

Dienstag, 24. November 2009
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Dr. Ambros **Kindel**,
Redakteur der APA

Mag. Paul **Schmidt**,
Generalsekretär der ÖGfE

Jeder vierte Österreicher fühlt sich von Krise betroffen

Die Mehrheit der Österreicher spricht sich für eine Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus, um die Staatsschulden abzubauen. Rund ein Viertel (24 Prozent) der Österreicher fühlt sich direkt von der Wirtschaftskrise betroffen. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Dienstag veröffentlichte Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Ein knappes Fünftel der 1.001 Befragten befürchtet, dass sie die Krise in Zukunft treffen wird. 55 Prozent fühlen sich dagegen gar nicht betroffen.

Ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr wird von 22 Prozent erwartet, 61 sehen eine leichte Steigerung. 11 Prozent fühlen sich vom Jobverlust "in sehr großem" oder "großen" Ausmaß betroffen. In dieser Gruppe seien besonders häufig Befragte mit Berufs- und Handelsschulabschluss zu finden. "Gar keine Gefahr" für ihren Arbeitsplatz sehen 50 Prozent der Befragten.

Was den Abbau der Staatsschulden betrifft, so halten die Befragten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (73 Prozent) und die Erhöhung der Vermögenssteuer (55 Prozent) für sinnvoll. Abgelehnt werden hingegen höhere Steuern auf Geldvermögen (62 Prozent) sowie einen Anstieg der Mehrwertsteuer um 2 Prozent (81 Prozent). Auch eine generelle Kürzung der Staatsausgaben um 2 Prozent (inkl. Subventionen und Sozialleistungen) stößt bei 57 Prozent auf Ablehnung.

Mehrheitlich gehen die Befragten davon aus, dass die Krise noch einige Zeit andauern wird. Die Lösung der Krise sieht eine Mehrzahl (63 Prozent) in einem globalen Zusammenwirken aller Wirtschaftsräume. Die Rolle der EU bei der Krisenbekämpfung wird laut Umfrage recht positiv beurteilt: 5 Prozent bewerten sie als "sehr erfolgreich", 65 Prozent als "einigermaßen erfolgreich", rund ein Fünftel schätzt sie als "gar nicht erfolgreich" ein.

Jeder vierte Österreicher fühlt sich von Krise betroffen

Die Mehrheit der Österreicher spricht sich für eine Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus, um die Staatsschulden abzubauen. Rund ein Viertel (24 Prozent) der Österreicher fühlt sich direkt von der Wirtschaftskrise betroffen. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Dienstag veröffentlichte Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Ein knappes Fünftel der 1.001 Befragten befürchtet, dass sie die Krise in Zukunft treffen wird. 55 Prozent fühlen sich dagegen gar nicht betroffen.

Ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr wird von 22 Prozent erwartet, 61 sehen eine leichte Steigerung. 11 Prozent fühlen sich vom Jobverlust "in sehr großem" oder "großen" Ausmaß betroffen. In dieser Gruppe seien besonders häufig Befragte mit Berufs- und Handelsschulabschluss zu finden. "Gar keine Gefahr" für ihren Arbeitsplatz sehen 50 Prozent der Befragten.

Was den Abbau der Staatsschulden betrifft, so halten die Befragten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (73 Prozent) und die Erhöhung der Vermögenssteuer (55 Prozent) für sinnvoll. Abgelehnt werden hingegen höhere Steuern auf Geldvermögen (62 Prozent) sowie einen Anstieg der Mehrwertsteuer um 2 Prozent (81 Prozent). Auch eine generelle Kürzung der Staatsausgaben um 2 Prozent (inkl. Subventionen und Sozialleistungen) stößt bei 57 Prozent auf Ablehnung.

Mehrheitlich gehen die Befragten davon aus, dass die Krise noch einige Zeit andauern wird. Die Lösung der Krise sieht eine Mehrzahl (63 Prozent) in einem globalen Zusammenwirken aller Wirtschaftsräume. Die Rolle der EU bei der Krisenbekämpfung wird laut Umfrage recht positiv beurteilt: 5 Prozent bewerten sie als "sehr erfolgreich", 65 Prozent als "einigermaßen erfolgreich", rund ein Fünftel schätzt sie als "gar nicht erfolgreich" ein.

Österreicher nehmen die Lage gelassen hin: Nur jeder 4. fühlt sich von Krise betroffen

- Laut Umfrage sehen sich 55 Prozent völlig unbehelligt
- Finanzstransaktionssteuer für Schuldenabbau populär

Rund ein Viertel (24 Prozent) der Österreicher fühlt sich direkt von der Wirtschaftskrise betroffen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Ein knappes Fünftel der 1.001 Befragten befürchtet, dass sie die Krise in Zukunft treffen wird. 55 Prozent fühlen sich dagegen gar nicht betroffen.

Ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr wird von 22 Prozent erwartet, 61 sehen eine leichte Steigerung. 11 Prozent fühlen sich vom Jobverlust "in sehr großem" oder "großen" Ausmaß betroffen. In dieser Gruppe seien besonders häufig Befragte mit Berufs- und Handelsschulabschluss zu finden. "Gar keine Gefahr" für ihren Arbeitsplatz sehen 50 Prozent der Befragten.

Was den Abbau der Staatsschulden betrifft, so halten die Befragten die Einführung einer Finanzstransaktionssteuer (73 Prozent) und die Erhöhung der Vermögenssteuer (55 Prozent) für sinnvoll. Abgelehnt werden hingegen höhere Steuern auf Geldvermögen (62 Prozent) sowie einen Anstieg der Mehrwertsteuer um 2 Prozent (81 Prozent). Auch eine generelle Kürzung der Staatsausgaben um 2 Prozent (inkl. Subventionen und Sozialleistungen) stößt bei 57 Prozent auf Ablehnung.

Mehrheitlich gehen die Befragten davon aus, dass die Krise noch einige Zeit andauern wird. Die Lösung der Krise sieht eine Mehrzahl (63 Prozent) in einem globalen Zusammenwirken aller Wirtschaftsräume. Die Rolle der EU bei der Krisenbekämpfung wird laut Umfrage recht positiv beurteilt: 5 Prozent bewerten sie als "sehr erfolgreich", 65 Prozent als "einigermaßen erfolgreich", rund ein Fünftel schätzt sie als "gar nicht erfolgreich" ein.
(apa/red)

<http://www.foonds.com/article/3405/jeder-vierte-oesterreicher-fuehlt-sich-von-wirtschaftskrise-betroffen>



Jeder Vierte Österreicher fühlt sich von Wirtschaftskrise betroffen

24.11.2009

Mehrheit für Einführung einer Finanztransaktionssteuer um Schulden abzubauen

Rund ein Viertel (24 Prozent) der Österreicher fühlt sich direkt von der Wirtschaftskrise betroffen. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Dienstag veröffentlichte Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Ein knappes Fünftel der 1.001 Befragten befürchtet, dass sie die Krise in Zukunft treffen wird. 55 Prozent fühlen sich dagegen gar nicht betroffen.

Ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr wird von 22 Prozent erwartet, 61 sehen eine leichte Steigerung. 11 Prozent fühlen sich vom Jobverlust "in sehr großem" oder "großen" Ausmaß betroffen. In dieser Gruppe seien besonders häufig Befragte mit Berufs- und Handelsschulabschluss zu finden. "Gar keine Gefahr" für ihren Arbeitsplatz sehen 50 Prozent der Befragten.

Was den Abbau der Staatsschulden betrifft, so halten die Befragten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (73 Prozent) und die Erhöhung der Vermögenssteuer (55 Prozent) für sinnvoll. Abgelehnt werden hingegen höhere Steuern auf Geldvermögen (62 Prozent) sowie einen Anstieg der Mehrwertsteuer um 2 Prozent (81 Prozent). Auch eine generelle Kürzung der Staatsausgaben um 2 Prozent (inkl. Subventionen und Sozialleistungen) stößt bei 57 Prozent auf Ablehnung.

Mehrheitlich gehen die Befragten davon aus, dass die Krise noch einige Zeit andauern wird. Die Lösung der Krise sieht eine Mehrzahl (63 Prozent) in einem globalen Zusammenwirken aller Wirtschaftsräume. Die Rolle der EU bei der Krisenbekämpfung wird laut Umfrage recht positiv beurteilt: 5 Prozent bewerten sie als "sehr erfolgreich", 65 Prozent als "einigermaßen erfolgreich", rund ein Fünftel schätzt sie als "gar nicht erfolgreich" ein. (APA)

Ein Viertel fühlt sich von Krise betroffen

Umfrage: Die Mehrheit befürchtet einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und spricht sich für eine Einführung der Finanztransaktionssteuer aus.



Rund ein Viertel (24 Prozent) der Österreicher fühlt sich direkt von der Wirtschaftskrise betroffen. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Dienstag veröffentlichte Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Ein knappes Fünftel der 1001 Befragten befürchtet, dass sie die Krise in Zukunft treffen wird. 55 Prozent fühlen sich dagegen gar nicht betroffen.

Ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr wird von 22 Prozent erwartet, 61 sehen eine leichte Steigerung. Elf Prozent fühlen sich vom Jobverlust "in sehr großem" oder "großen" Ausmaß betroffen. In dieser Gruppe seien besonders häufig Befragte mit Berufs- und Handelsschulabschluss zu finden. "Gar keine Gefahr" für ihren Arbeitsplatz sehen 50 Prozent der Befragten.

Finanztransaktionssteuer

Was den Abbau der Staatsschulden betrifft, so halten die Befragten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (73 Prozent) und die Erhöhung der Vermögenssteuer (55 Prozent) für sinnvoll. Abgelehnt werden hingegen höhere Steuern auf Geldvermögen (62 Prozent) sowie einen Anstieg der Mehrwertsteuer um zwei Prozent (81 Prozent). Auch eine generelle Kürzung der Staatsausgaben um zwei Prozent (inkl. Subventionen und Sozialleistungen) stößt bei 57 Prozent auf Ablehnung.

Mehrheitlich gehen die Befragten davon aus, dass die Krise noch einige Zeit andauern wird. Die Lösung der Krise sieht eine Mehrzahl (63 Prozent) in einem globalen Zusammenwirken aller Wirtschaftsräume. Die Rolle der EU bei der Krisenbekämpfung wird laut Umfrage recht positiv beurteilt: Fünf Prozent bewerten sie als "sehr erfolgreich", 65 Prozent als "einigermaßen erfolgreich", rund ein Fünftel schätzt sie als "gar nicht erfolgreich" ein.

Hypo Group Alpe Adria - Internetbroker

<http://kurse.banking.co.at/015/Default.aspx?action=newsDetail&newsID=7433540&menuId=9&lang=de>

Jeder Vierte Österreicher fühlt sich von Wirtschaftskrise betroffen / Umfrage: Anstieg der Arbeitslosigkeit befürchtet - Mehrheit für Einführung einer Finanztransaktionssteuer um Schulden abzubauen

Dienstag, 24. November 2009

Rund ein Viertel (24 Prozent) der Österreicher fühlt sich direkt von der Wirtschaftskrise betroffen. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Dienstag veröffentlichte Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Ein knappes Fünftel der 1.001 Befragten befürchtet, dass sie die Krise in Zukunft treffen wird. 55 Prozent fühlen sich dagegen gar nicht betroffen.

Ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr wird von 22 Prozent erwartet, 61 sehen eine leichte Steigerung. 11 Prozent fühlen sich vom Jobverlust "in sehr großem" oder "großem" Ausmaß betroffen. In dieser Gruppe seien besonders häufig Befragte mit Berufs- und Handelsschulabschluss zu finden. "Gar keine Gefahr" für ihren Arbeitsplatz sehen 50 Prozent der Befragten.

Was den Abbau der Staatsschulden betrifft, so halten die Befragten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (73 Prozent) und die Erhöhung der Vermögenssteuer (55 Prozent) für sinnvoll. Abgelehnt werden hingegen höhere Steuern auf Geldvermögen (62 Prozent) sowie einen Anstieg der Mehrwertsteuer um 2 Prozent (81 Prozent). Auch eine generelle Kürzung der Staatsausgaben um 2 Prozent (inkl. Subventionen und Sozialleistungen) stößt bei 57 Prozent auf

Ablehnung.

Mehrheitlich gehen die Befragten davon aus, dass die Krise noch einige Zeit andauern wird. Die Lösung der Krise sieht eine Mehrzahl (63 Prozent) in einem globalen Zusammenwirken aller Wirtschaftsräume. Die Rolle der EU bei der Krisenbekämpfung wird laut Umfrage recht positiv beurteilt: 5 Prozent bewerten sie als "sehr erfolgreich", 65 Prozent als "einigermaßen erfolgreich", rund ein Fünftel schätzt sie als "gar nicht erfolgreich" ein.

reb/ivn

Author: APA/reb/ivn

Copyright APA/dpa-AFX. Alle Rechte vorbehalten. Weiterverbreitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung von APA/dpa-AFX ist nicht gestattet.